

1656 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIII. GP

Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung

über die Regierungsvorlage (1603 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation über die Teilnahme Österreichs am Spacelab-Programm

Eingehende Untersuchungen haben ergeben, daß eine Beteiligung Österreichs am Spacelab-Programm den größten Nutzen für die österreichische Wirtschaft und Wissenschaft erbringen würde. Dieses Forschungsprogramm der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation (ESRO) stellt die europäische Beteiligung am „Apollo-Nachfolgeprogramm“ der USA, mit dessen Durchführung die amerikanische National Aeronautics and Space Administration (NASA) beauftragt wurde, dar. Die technologische Bedeutung des genannten Programms gibt der österreichischen Industrie die Möglichkeit, Forschungs- und Entwicklungsaufträge zu erhalten, die auf das technologische „Know-how“ der 80er und 90er Jahre ausgerichtet sind.

Auf Grund der im Jahre 1974 geführten Verhandlungen mit der ESRO liegt nunmehr der Text eines Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation über die Teilnahme Österreichs am Spacelab-Programm vor.

Das Abkommen, welches am 7. Februar 1975 durch die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung unterzeichnet wurde, regelt die Einzelheiten für die österreichische Beteiligung am Spacelab-Programm, die in der Form eines Beitrittes zur Vereinbarung zwischen bestimmten Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation und der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation über die

Durchführung eines Spacelab-Programms zu erfolgen hat. Das Inkrafttreten des Abkommens ist vom Beitritt zur genannten Vereinbarung abhängig.

Das gegenständliche Abkommen ist gesetzändernd bzw. gesetzergänzend und darf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG nur mit Genehmigung des Nationalrates abgeschlossen werden.

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung vom 12. Juni 1975 in Verhandlung gezogen. Nach Wortmeldungen des Berichterstatters sowie der Abgeordneten Dr. Eduard Moser, Dr. Gruber, Dr. Ermacora, Dr. Blenk sowie Luptowits und des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha Firnberg wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des Abschlusses dieses Staatsvertrages zu empfehlen.

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung ist der Meinung, daß im gegenständlichen Fall die Erlassung eines Bundesgesetzes — im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG — zur Überführung dieses Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht notwendig ist.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation über die Teilnahme Österreichs am Spacelab-Programm (1603 der Beilagen) wird verfassungsmäßig genehmigt.

Wien, am 12. Juni 1975

Wuganigg
Berichterstatter

Radinger
Obmann